

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

80 Prozent für staatliche Bodenmarkt-Massnahmen

Präsentation der HWV-Gruppenarbeit «Wohnen in Liechtenstein» in St. Gallen

Mit der angespannten Situation auf dem liechtensteinischen Boden- und Wohnungsmarkt befasste sich eine im Rahmen des zweiten Studienjahres an der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) in St. Gallen durchgeführte Gruppendifferenzarbeit, die am Donnerstagabend in St. Gallen präsentiert wurde. Kernpunkt der Arbeit ist eine Repräsentativumfrage zur Situation der 20- bis 29-jährigen Einwohner von Schaan. Demnach halten 91 Prozent die Bodenpreissituation in unserem Land für bedenklich, wobei von 48 Prozent als Hauptgrund unser Wohlstand angegeben wurde. Nicht weniger als 80 Prozent sprachen sich für staatliche Massnahmen auf dem Bodenmarkt aus.

Die sechs HWV-Studenten Bernhard Büchel (Mauren), Walter Gmür (Amden), Peter Kaiser (Schaan), Thomas Lorenz (Gamprin), André Oehler (Mauren) und Daniel Quaderer (Vaduz) boten vor rund 50 Interessierten eine gut vorbereitete und anschaulich vorgetragene Präsentation ihrer Gruppendifferenzarbeit. Wie Gruppenleiter Thomas Lorenz bei der Begrüssung erläuterte, sei es vor allem darum gegangen, die Meinung der jungen Bevölkerung und die Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Die überdurchschnittlich hohe Rücklaufquote von 37,5 Prozent gibt der in Schaan durchgeführten Umfrage einerseits repräsentativen Charakter, andererseits lässt sich auch daraus schliessen, dass die Boden- und Wohnmarkt-Problematik in unserem Land von vielen Einwohnern als sehr akut erachtet wird. Wie Dozent Professor Dr. Hermann Frei übrigens ausführte, komme eine ebenfalls an der HWV gemachte Umfrage zur selben Thematik in der Stadt St. Gallen zu ähnlichen Ergebnissen wie in Schaan.

Bei der anschliessend an die Präsentation durchgeführten Diskussion, an welcher unter anderem Regierungschef Hans Brunhart und Schaa's Vorsteher Lorenz Schierscher Rede und Antwort standen, interessierten besonders Massnahmen

2,43 Mio Übernachtungen in der Region

Ermatingen (spk) Der Verkehrsverband Ostschweiz kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 1989 zurückblicken. An der Generalversammlung des Verbands vom Freitag auf dem Wolfenberg in Ermatingen stellte Verbandspräsident Beat Graf fest, dass die Gesamtzahl der Logiernächte in der Ostschweiz um 5,4 Prozent auf 2,34 Mio gestiegen sei.

«Analog zur gesamtschweizerischen Zunahme der Logiernächte um 5 Prozent konnte auch in der Ostschweiz im vergangenen Jahr eine markante Steigerung der Übernachtungen in Hotel- und Kurbetrieben registriert werden», heisst es im Geschäftsbericht 1989 des Verkehrsverbands Ostschweiz (VVO). Ihm gehören die Kantone Glarus, St. Gallen, Schaffhausen und Thurgau, beide Appenzell sowie das Fürstentum Liechtenstein an.

Die markante Steigerung sieht in Zahlen so aus, dass im vergangenen Jahr 124 000 mal mehr als 1988 in Ostschweizer Kur- und Hotelbetrieben übernachtet worden ist, was einem Zuwachs von 5,4 Prozent entspricht.



Die sechs HWV-Studenten Walter Gmür, Daniel Quaderer, Thomas Lorenz, Bernhard Büchel, Peter Kaiser und André Oehler (v.l.n.r.) präsentierten am Donnerstag in St. Gallen ihre Gruppendifferenzarbeit «Wohnen in Liechtenstein».

der öffentlichen Hand. Grundtenor: Aufgrund der liberalen Marktwirtschaft werden anstatt restriktiven Massnahmen wohl nur verstärkte Wohnungsbeihilfen durchführbar sein. Allerdings ist insbesondere die Bevölkerung gefordert, das Wohlstandsverhalten dahingehend einzudämmen, dass das Bedürfnis «Wohnen» in Liechtenstein nicht zum Luxus wird.

(M.) (Einen ausführlichen Bericht über die Präsentation und die Umfrage-Ergebnisse finden Sie auf Seite 3 der vorliegenden Ausgabe).

Neues Besoldungsgesetz für Beamte

Die Regierung legte einen Entwurf für ein neues Gesetz vor

(G.M.) – Für die vom Staat angestellten und besoldeten Personen soll es ein neues Gesetz geben. Die Regierung hat dem Landtag eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet. Die Vorlage sieht eine Neustrukturierung für die Staatsbeamten vor, während die Gehälter der Lehrer im bisherigen Rahmen beibehalten werden sollen. Die Mehrkosten belaufen sich nach Berechnungen der Regierung auf 2,350 Mio. Fr. pro Jahr.

«Die Gesetzesvorlage geht von der Erkenntnis aus, dass das Land Liechtenstein auf die Dauer nur in der Lage ist, fähige Beamte, Angestellte und Lehrer für den Staatsdienst zu gewinnen, wenn die vom Staat ausgerichtete Besoldung in einer vernünftigen Relation zu den Löhnen im liechtensteinischen Dienstleistungsgewerbe oder den Besoldungen im Bildungswesen der benachbarten schweizerischen Kantone liegt.» Mit diesen Worten begründet die Regierung die Neufassung des Besoldungsgesetzes und weist darauf hin, dass erfahrungsgemäss dem Faktor Sicherheit von Stelle und Lohn insbesondere von jungen Berufsleuten keine hohe Priorität zugemessen werde. Eines der Hauptziele der Gesetzesvorlage sei die stärkere Gewichtung der Leistung, denn mit der Forderung nach gleichwertigen Lösungen müssten auch die Forderungen

nach gleichwertiger Leistung beachtet werden. Die Regierung ist der Auffassung, dass die Leistung bei Beamten und Angestellten «mit einiger Zuverlässigkeit messbar» sei.

Als Mittel zur Leistungsberücksichtigung sieht die Regierung die Besoldungsskala, die neu gefasst werden soll. Die neue Lohnskala beginnt nach dem Regierungsentwurf bei 22 200 Fr. und endet bei 154 500 Fr. Die neue Besoldungsskala wird der Regierung die Mittel in die Hand geben, heisst es im Bericht, die «hochqualifizierten und leitenden Beamten und Angestellten so zu besolden, dass eine verstärkte Abwanderung in die Privatwirtschaft vermieden werden kann.» Als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine leistungsgerechte Besoldung ist nach Auffassung der Regierung der Einreihungsplan. Jede ständige Stelle der Landesverwaltung soll daher zuerst umschrieben werden nach «Anforderungen an fachliche Kompetenz, Arbeitskraft, Vielseitigkeit, Selbständigkeit, Kreativität, Entscheidungskraft». Zu berücksichtigen sind auch die Anforderungen an die Führungskraft.

EG für schnelles FCKW-Verbot

Bonn (AP) Auf der für Ende Juni in London geplanten Konferenz der Vertragsstaaten des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht wird sich die Europäische Gemeinschaft für eine möglichst schnelle weltweite Beendigung von Produktion und Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) einsetzen. Darauf verständigten sich die EG-Umweltminister in Luxemburg. Anvisiert wird ein Totalausstieg bis zum Jahre 1997, spätestens jedoch vor dem Jahr 2000.

Partnerschaft in Ehe und Familie

Öffentliche FBP-Informations- und Diskussionsveranstaltung am Montag

Das Reformwerk für die Ehe- und Familienrechtsreform befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Die FBP hat deshalb beschlossen, zu dieser Thematik eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung durchzuführen, an der zuerst Claudia Robinigg-Büchel und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille informieren werden, damit anschliessend eine sachbezogene Diskussion stattfinden kann. Die Veranstaltung, für alle Interessierten frei zugänglich, findet am Montag, den 11. Juni 1990, um 20 Uhr im Foyer des Vaduzer Saales statt.

Das Regierungsressort Justiz und Inneres unter Leitung von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hat in den letzten Jahren umfangreiche Vorarbeiten zur Familien- und Eherechtsreform geleistet. Nach einem vergleichenden Bericht über die unterschiedliche Ausgestaltung des Ehe- und Familienrechts in Österreich, der Schweiz und Liechtenstein wurde dem Landtag ein Grundlagenbericht zugelegt. Die Landtagsmehrheit war damals allerdings der Auffassung, dass das Vormundschaftsrecht vordringlich

zu behandeln sei und setzte diese Teilreform durch.

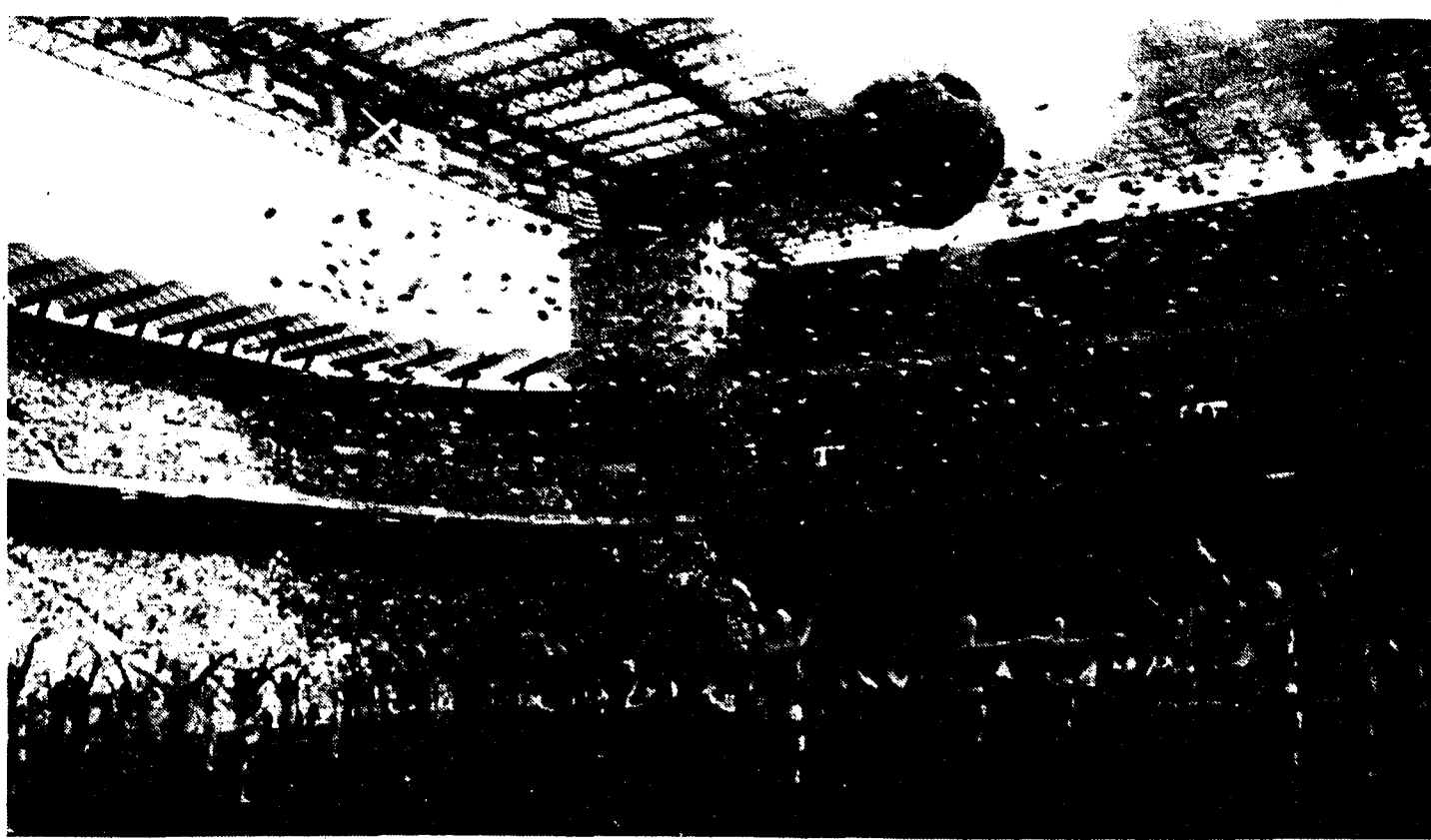
Grundsätzlich aber befürwortete die Regierung die Reform «in einem Zuge», nicht das Vorgehen «in mehreren kleinen Schritten», weil die schrittweise Verwirklichung der Reform teilweise die mehrfache Änderung einzelner Gesetzesbestimmungen bedingen würde, je nachdem wie weit die Reform fortgeschritten wäre.

Im Zentrum der Ehe- und Familienrechtsreform steht der Grundsatz des Partnerschaftsprinzips und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in

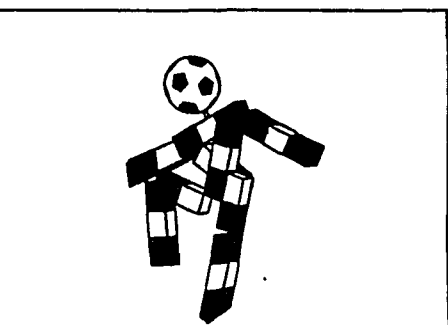
der Gesetzgebung. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes bedingt die Änderung des Personen- und Gesellschaftsrechts, des Ehegesetzes und des Erb- und ehelichen Güterrechts. Aus Gründen der Rechtstradition möchte die Regierung die Reform in Anlehnung an die österreichische Reform durchführen, während schweizerische Bestimmungen nur für jene Normbereiche beibehalten werden, in denen sich das liechtensteinische Recht schon heute nach dem schweizerischen Vorbild orientiert.

14. Fussball-Weltmeisterschaften feierlich eröffnet

Auftakt-Sensation: Kamerun schlägt Titelverteidiger Argentinien mit 1:0 (0:0)



Die 14. Fussball-Weltmeisterschaft wurde am Freitag in Mailand in Anwesenheit von Italiens Staatspräsident Francesco Cossiga eröffnet. Die Eröffnung erfolgte mit einer 20 Minuten langen, stimmungsvollen Feier vor rund 60 000 Zuschauern im nicht ganz gefüllten Giuseppe-Meazza-Stadion und unmittelbar vor Beginn des ersten WM-Spiels zwischen Titelverteidiger Argentinien und Kamerun. Es ist nach 1934 das zweite Mal, dass die WM-Endrunde in Italien veranstaltet wird. Die 52 Spiele wurden in zwölf Städte der Apenninen-Halbinsel vergeben. Das Finale findet am 8. Juli im Olympiastadion von Rom statt. Zum Auftakt schlug Kamerun sensationell Titelverteidiger Argentinien mit 1:0.



WM-Spiele vom Wochenende

Samstag, 10. Juni	
17.00	UdSSR – Rumänien (in Bari)
21.00	Italien – Österreich (in Rom)
21.00	Emirate – Kolumbien (in Bologna)
Sonntag, 11. Juni	
17.00	USA – CSFR (in Florenz)
21.00	BRD – Jugoslawien (in Mailand)
21.00	Brasilien – Schweden (in Turin)

FÜHREND IN KONTAKT
LINSEN



federer

BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818

